

Vorlage Nr. 101.18.162

22. Juni 2016
1 von 2

Modernes Sexualstrafrecht schaffen und anonyme Spurensicherung sicherstellen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung Kassel begrüßt die geplante Reform des Sexualstrafrechts und fordert den Magistrat auf über die Gremien des Deutschen Städtetages auf die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat einzuwirken, damit

- 1) die gesetzlichen Regelungen so verändert werden, dass alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe gestellt werden.
- 2) eine flächendeckende Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung geschaffen wird und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden.
- 3) über das Bildungssystem und Informationskampagnen dafür sensibilisiert wird, dass Frauen und Kindern ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zusteht und sexuelle Übergriffe strafbar sind.
- 4) für alle Opfer von (Sexual-)Straftaten ein schneller und kostenloser Zugang zu den benötigten Hilfsangeboten sichergestellt wird.

Begründung:

Derzeit ist sexuelle Belästigung nicht strafbar. Vergewaltigung bleibt oftmals straffrei, weil nach dem bisher geltenden Recht sexuelle Handlungen, die gegen den Willen einer/eines Beteiligten erfolgen, nicht per se unter Strafe gestellt sind. In der Regel wird als Voraussetzung für eine Strafbarkeit verlangt, dass das Opfer sexueller Übergriffe sich massiv gewehrt haben muss – was bei überraschenden Angriffen oft gar nicht möglich ist.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des Bundesverbandes der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff). Dort sind zur Kampagne "Nein heißt Nein! - Für ein modernes Sexualstrafrecht" umfangreiche Infomaterialien verfügbar: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/> Neben einem besseren rechtlichen Schutz durch ein Sexualstrafrecht, dass alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe stellt, bedarf es auch einer besseren Unterstützung der Opfer von Straftaten. Außerdem sollte über das Bildungssystem und Informationskampagnen klar gestellt werden, dass sexuelle Übergriffe kein Kavaliersdelikt sind.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender